

ständigen Bundesausschüsse werden nunmehr die vom Reichsfinanzamt ausgearbeiteten Gesetzentwürfe in den Einzelheiten feststellen.

**Der Reichskanzler über die Musterfahrungen der Krankenkassen.**

Berlin, 11. März. Der Reichskanzler hat, wie der „Inf.“ mitgeteilt wird, jetzt auf eine Eingabe, die der Vorstand des Betriebskrankentassenverbandes an ihn gerichtet hatte, in ausführlicher Weise sich über den Verlauf der Durchführung der Reichsversicherungsordnung geäußert. Bekanntlich hat sich die Herausgabe der Musterfahrungen, nach denen die Krankenkassen ihre Satzungen aufzustellen haben, verzögert, und die Krankenkassen befürchteten, daß ihnen zwischen der Herausgabe dieser Satzungen und dem Ablieferungstermin nicht genügend Zeit bleiben würde, um bei der Aufstellung der Satzungen ihre Interessen ausreichend zu berücksichtigen. Die Antwort des Reichskanzlers ist geeignet, hier völlig beruhigend zu wirken. Der Entscheid lautet: Den Bundesregierungen ist anheimgestellt worden, die Versicherungsämter in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß die Frist zur Einreichung der Satzungenentwürfe ausreichend bemessen wird, damit die Musterfahrungen, die voraussichtlich bald erscheinen werden, von den Krankenkassen benutzt werden können. Dabei ist auch hervorgehoben, daß es sich empfiehlt, die Leistungen der maßgebenden Klassen den einzelnen Krankenkassen mit tüchtlicher Beschleunigung bekannt zu geben, um es ihnen zu ermöglichen, noch vor der Entscheidung des Versicherungsamtes die Gleichwertigkeit der Leistungen zu prüfen und gegebenenfalls herbeizuführen. Ferner ist darauf hingewiesen worden, daß die Versicherungsämter in geeigneten Fällen den Kassen möglichst bald Gelegenheit zur Änderung des eingereichten Satzungenentwurfs geben können. Dabei gehe ich von der Auffassung aus, daß der Vorbericht des Artikels 21 des Einführungsgesetzes zur R. V. D. schon dann genügt wird, wenn die Kassen, die ihre Zulassung beantragt haben, ihre neuen, mit den Vorschriften der R. V. D. in Einklang gebrachten Satzungen bis zum 30. Juni 1913 eingereicht haben. Werden nach diesem Tage noch Änderungen an den Satzungen nötig, bevor diese genehmigt werden, so können sie unbedenklich nachgeholt werden, ohne daß eine Schließung der Kassen zu befürchten ist. Insofern liegt nach meiner Ansicht ein Grund zur Beunruhigung bei den Kassen nicht vor. Diese meine Auffassung habe ich den Bundesregierungen zur Kenntnis gebracht.

**Deutschlandreise des Prinzen von Wales.**

London, 11. März. Amtlich wird bekannt gegeben, daß der Prinz von Wales am nächsten Montag nach Deutschland abreißt, wo er sich einige Wochen zum Studium der Sprache aufhalten wird. Der Prinz reist infognito. Nach dem Besuche mehrerer Städte wird er sich als Gast des Königs und der Königin von Württemberg nach Stuttgart begeben.

**Am Balkan.**

**Friedensausichten.**

Annahme der Mediation durch die Verbündeten. Sofia, 11. März. Da Serbien gestern ebenso wie Bulgarien erklärt hat, die Mediation der Mächte anzunehmen, wird die Antwort heute im Ministerrat redigiert und Mittwoch überreicht werden. Wie verlautet, wird an der bekannten Grenzlinie und an der Forderung einer Kriegsentwädigung festgehalten.

„Mir“ schreibt: Die Verbündeten haben beschlossen, die Vermittlung der Mächte anzunehmen. Die Verhandlungen werden daher durch Vermittlung der Mächte und auf Grundlage der in London aufgestellten Bedingungen fortgesetzt werden unter Hinzuziehung der Forderung einer Kriegsentwädigung, auf der die Verbündeten bestehen werden. Die Feindseligkeiten werden jedoch nicht eingestellt werden und ihre Entwicklung soll natürlicherweise auf den Gang der Verhandlungen Einfluß haben, da neue Opfer neue Zugeständnisse fordern.

**Gegensätze am Goldenen Horn.**

Konstantinopel, 11. März. Das Gerücht von der Abhebung oder Demission des Generalissimus Izzet Pascha bewahrheitet sich bis jetzt nicht. Man erzählt, Izzet Pascha sowie Generalabschek Habi Pascha hätten dem Großwesir einen Bericht unterbreitet, worin sie den Abschluß eines ehrenvollen Friedens empfehlen. Der Bericht soll den Unwillen einiger dem Komitee angehöriger Kreise hervorgerufen haben, worauf sich das Gerücht über die Möglichkeit der Entsetzung Izzet Paschas und Habi Paschas durch unternehmungslustige Militärs verbreitet habe. Der Bericht soll im vorgestrigen Ministerrat beraten worden sein.

Der Minister des Innern Habschi Adil Bei erscheint seit zwei Tagen nicht im Ministerium. Wie verlautet, befindet sich der Minister, der die extreme Komiteerichtung vertritt, in Meinungsverschiedenheiten mit dem Großwesir über die Friedensfrage. Man behauptet, daß trotz der Opposition einiger jungtürkischer Faktoren der Großwesir entschlossen sei, Frieden zu schließen.

**Die Verbündeten unter sich.**

**Die griechisch-bulgarischen Zwistigkeiten.**

London, 11. März. Das „Reuter'sche Bureau“ erzählt, daß die hierige bulgarische Gesandtschaft eine ausführliche Depesche mit Einzelheiten über den griechisch-bulgarischen Konflikt in Nigrita erhalten hat. Nachdem auf Ersuchen Bulgariens eine gemischte Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt worden ist, glaubt man aber, daß es nicht im Interesse der Unternehmung oder der guten Beziehungen der Verbündeten sein würde, Einzelheiten in diesem Augenblicke zu veröffentlichen. Nichtsdestoweniger ist es bekannt geworden, daß im Laufe des Streites ein bulgarischer Offizier getötet und zahlreiche Soldaten getötet und verwundet worden sind.

**Botshafterbesprechung.**

London, 11. März. Die Botshafter traten heute nachmittag zu einer Sitzung zusammen, die zwei Stunden

währte. Sie werden am Donnerstag wieder zusammenkommen, da bis dahin eine Antwort der verbündeten Balkanstaaten erwartet wird. Bis zum Eintreffen dieser Antwort liegen den Botshaftern keine bestimmte umgrenzten Angelegenheiten zur Besprechung vor.

**Rumänien und Bulgarien.**

**Die Mediation der Mächte angenommen.**

London, 11. März. (Medlung des Reuter'schen Bureaus.) Dem Minister des Äußeren Sazonow und den Botshaftern in St. Petersburg ging von den Gesandtschaften Rumäniens und Bulgariens ein Memorandum zu, das die Ansichten der beiden Staaten in den schwebenden Fragen auseinandersetzt. Bulgarien, das für den Schiedspruch war, während Rumänien nur einer Mediation zustimmte, nimmt nun die Mediation der Mächte an. Die Prüfung dieser Frage geht somit aus den Händen der Botshafter in London in die der Botshafter in St. Petersburg über.

St. Petersburg, 11. März. Der rumänische Gesandte in Sofia, Ghika, ist heute früh hier eingetroffen.

Bukarest, 11. März. Das Parlament wurde bis zum 15. bez. 28. März vertagt.

**Kleine Nachrichten.**

Konstantinopel, 11. März. Generalissimus Izzet Pascha hat sich gestern nach Gallipoli begeben.

**Ausland.**

**Österreich und Rußland.**

**Die Abrüstung ist verfügt.**

St. Petersburg, 11. März. Die „St. Petersburg Telegraphen-Agentur“ teilt folgendes identische Communiqué der russischen und der österreichisch-ungarischen Regierung mit: Der Briefwechsel, der seitlich zwischen Kaiser Franz Joseph und Kaiser Nikolaus stattgefunden hat, hat von neuem bewiesen, daß die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel den freundschaftlichen Gefühlen zwischen den beiden Souveränen keinen Eintrag getan haben, und daß die Erhaltung des Friedens fortgesetzt das Ziel ihrer Bemühungen bildet. Demgemäß sind die beiden Regierungen zu dem Schluß gelangt, daß gewisse Maßregeln rein defensiver Art, die in den Grenzprovinzen der beiden Staaten ergriffen worden waren, durch die Umstände nicht mehr erfordert zu werden scheinen. Daher ist die Herabsetzung der Truppenstärken Österreich-Ungarns in Galizien auf einen normalen Stand soeben beschlossen worden. Ebenso wird die Entlassung der russischen Reservisten derjenigen Jahresklasse, die im Herbst des vergangenen Jahres hätte entlassen werden sollen, verfügt werden.

Um das identische Communiqué der russischen und der österreichisch-ungarischen Regierung zu ergänzen, ist die „St. Petersburg Telegraphen-Agentur“ ermächtigt, mitzuteilen, daß, wie aus den Besprechungen mit dem Wiener Kabinett hervorgeht, Österreich-Ungarn keinen Angriffsplan gegen seine südlichen Nachbarn hegt.

Wien, 11. März. Hierzu schreibt das „Fremdenblatt“ an leitender Stelle: In ganz Europa wird man das Ereignis dieses Tages als eine Erleichterung in der politischen Situation bewerten. Der Gedankenaustausch zwischen den Monarchen, als dessen Ergebnis die Entscheidung in betreff der Entlassung der Reservisten anzusehen ist, hat vor aller Welt den Fortbestand traditioneller Beziehungen zwischen den beiden Dynastien bekräftigt. Die Rückgängigmachung der Grenzmaßnahmen hat aber auch politische Bedeutung. Denn dadurch wollten die beiden Mächte ein Zeichen des Vertrauens geben. Die gleichzeitige Abrüstung an den Grenzen wird man als ein gutes Zeichen dafür annehmen dürfen, daß sich auch in der russischen Politik eine Umfassung durchgeleitet hat, die in den Ergebnissen des Balkankrieges erleichterlicher Weise die Möglichkeit erkennt, die einstigen Quellen des Zwistes zwischen Wien und St. Petersburg endgültig zu verschütten.

Wien, 12. März. Die Blätter besprechen das Communiqué über die Abrüstung mit großer Befriedigung und heben hervor, daß, wenn auch die Krise noch nicht gelöst ist, man doch annehmen dürfe, daß die Abrüstung der Verbote des Friedens sei. Der Umstand, daß die Demobilisierung nicht auch im Südoften der Monarchie erfolge, brauche nicht zu beunruhigen. Es handle sich gewiß um begründete Vorsichtsmaßnahmen, die einen Ausschub erklärten.

**Das Befinden des Papstes.**

Rom, 11. März. Der Papst hat den heutigen Tag gut verbracht. Nach dem „Giornale d'Italia“ betrachtet man im Vatikan die leichte Erkrankung des Papstes als überstanden. Man glaubt, daß der Papst, wenn die Besserung anhält, die regelmäßigen Audienzen vom Ende dieser oder Anfangs nächster Woche an wieder abhalten wird.

**Französische Heeresreform.**

**Trotz Friedensliebe Rüstungszwang.**

Paris, 11. März. In der Kommission der Kammer für auswärtige Angelegenheiten gab Minister Jonnard seiner großen Friedensliebe bestimmtsten Ausdruck und erläuterte ein Exposé über die Beweggründe für die militärischen Gesetzentwürfe, die dadurch vollständig gerechtfertigt würden; sie wären übrigens bestimmt, nicht einer augenblicklichen Gefahr, sondern einer zukünftigen Lage zu begegnen.

In der Armeekommission der Kammer erklärte der Kriegsminister Etienne, die Regierung habe den Gesetzentwurf über die dreijährige Dienstzeit wegen der auswärtigen Lage infolge der Verwicklungen in Europa, die durch den Balkankrieg hervorgerufen seien, und wegen der Verstärkung der deutschen Truppen eingebracht. Frankreich dürste nicht in einem Zustande der Unterlegenheit beharren. Die Regierung sei vor allen Dingen friedliebend. Die Kommission ersuchte den Minister um Beantwortung folgender Fragen: Wie sind die französischen und die deutschen Truppen im allgemeinen verteilt? Wieviel Zeit ist für die Sammlung der beiderseitigen Streitkräfte an der Grenze veranschlagt? Wie soll sich die

Mobilisierung der Reservisten im Osten und Norden des Landes vollziehen? Der Minister wird diese Fragen vor Donnerstag beantworten. Er erklärte weiter, das Ministerium erwäge Beschlüsse, um die noch unbefestigten Teile der Grenze durch ein System von Befestigungen zu bedecken.

Paris, 12. März. Nach einem Berichte des „Figaro“ lauten die Erklärungen, die der Kriegsminister Etienne gestern im Heeresauschuß der Kammer abgegeben hat, im wesentlichen folgendermaßen: Da sich die europäische Lage insbesondere infolge der Balkanereignisse geändert hat, darf man sich nicht wundern, wenn Deutschland seine Militärgesetze von 1907, 1911 und 1912 als unzureichend ansieht und durch eine neue Vorlage die unverzüglich mobilisierungsfähigen Mannschaftsbestände auf 800 000 mit Ausschluß der Reservisten erhöht. Deutschland erblickt in der Stärke seiner Armee eine Bürgschaft des Friedens. Seit 40 Jahren hat die Bevölkerung Frankreichs eine entschlossene Friedenspolitik ohne jeden Angriffsgedanken verfolgt. Es will mehr denn je bei dieser Politik verharren und gerade diese Politik ist es, die Frankreich zwingt, das Beispiel Deutschlands nachzuahmen. Frankreich kann dies wegen der starken Abnahme seiner Gebietsziffern nur mittels einer Verlängerung der Dienstzeit erreichen, und es wird nach Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit einerseits gleich Deutschland einige sofort mobilisierungsfähige Armeekorps ohne Reservisten haben; andererseits werden diejenigen Truppen, die Zeit haben, die Reservisten abzuwarren, viel stärker sein infolge der großen Zahl von aktiven und gut ausgebildeten Soldaten, welche die Reservisten einrahmen werden. Es werden wir anstatt der Truppenkörper, wo die Reservisten die Mehrheit bilden, nunmehr Truppenkörper haben, wo die aktiven Soldaten in der Mehrheit sind. Die Erklärungen Etienne's machten dem „Figaro“ zufolge auf den Auschuß einen ausgezeichneten und tiefen Eindruck.

**Der Widerhall von Asquith's Rede.**

London, 11. März. „Daily News“ sagt: Minister Asquith legte in der gestrigen Sitzung des Unterhauses einen besonderen und bezeichnenden Nachdruck auf die Herzlichkeit, mit der England und Deutschland in dieser schlimmen Zeit im Interesse des Friedens zusammen gearbeitet haben. Er sprach seine Überzeugung aus, daß dieses neue und glückliche Verhältnis andauern werde. Es ist kaum nötig zu sagen, daß es fortzuauern wird, ohne unsere Freundschaft mit Frankreich irgendwie aufs Spiel zu setzen. In diesem Zusammenhange wird Mr. Asquith's ausdrückliche Erklärung herzlich bewillkommnet werden, daß wir unter seiner Verpflichtung stehen, Truppen in Europa zu landen.

„Daily Chronicle“ schreibt: Unsere Beziehungen zum Zweibund sind nicht die eines Verbündeten, aber sie enthalten unzweifelhaft diplomatische Verpflichtungen, die uns unter gewissen Voraussetzungen in einen Krieg verwickeln könnten. Es ist wichtig, daß weder wir, noch unsere Freunde uns über die wahre Grenze unserer militärischen Hilfsquellen einer Täuschung hingeben, und es ist noch wichtiger, daß unsere Diplomatie sich, ohne es selbst zu merken, nicht in Verbindlichkeiten einläßt, die unsere militärischen Hilfsquellen über das Maß dessen, was klug und ausführbar ist, in Anspruch nehmen. Im Jahre 1911 waren wir nicht sehr weit davon, uns zu binden. Hoffen wir, daß es nicht wieder geschehen wird. Die ausdrückliche Versicherung des Premierministers, daß das nicht der Fall ist, war vielleicht nicht unnötig und nicht inopportun angesichts der kürzlichen Besuche des Ersten Lords der Admiralität und des Kriegsministers auf dem Kontinent, Besuche, die offenbar unternommen waren, um strategische Probleme mit fremden Staatsmännern zu erörtern.

Die „Westminster Gazette“ schreibt: Man kann anerkanntermaßen nicht behaupten, daß wir unter irgendwelchen Vertragsverpflichtungen stehen. Aber es handelt sich nicht um Vertragsverpflichtungen schlechthin; nach dem Gerücht, auf das Cecil anspielte, haben wir vielmehr diplomatische Versicherungen gegeben, die eine Ehrenschuld darstellen sollen. Die Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht machten vielfach Gebrauch von diesem Gerücht, und dies hat uns im Auslande viel geschadet. Es war die höchste Zeit, daß die Regierung ein maßgebendes Wort sprach. Wir hoffen, daß die Erklärung des Premierministers den Kombinationen ein Ende machen wird, die durch das Gerücht angeregt wurden. Wir sind es dem eigenen Lande und den europäischen Nachbarn schuldig, zu sagen, daß wir keine derartige geheime Diplomatie haben. Unsere Vertragsverpflichtungen sind aller Welt bekannt. Sie enthalten keine Verpflichtung oder Gewähr, daß wir unser Landheer für militärische Operationen auf dem europäischen Festlande zur Verfügung stellen. Wir sind keine Ehrenschuld eingegangen, die uns verpflichtete, unsere Verfassung zu ändern. Unsere Politik und unsere Diplomatie beruhen wesentlich auf unserer Seemacht. Das beste Mittel, um uns selbst zu verteidigen und den Freunden in der Not beizuhelfen, ist, die Flotte in der höchsten Leistungsfähigkeit zu erhalten. Wir halten es für eine völlige Verkennung der Tatsachen, daß wir als Faktor in der europäischen Politik nicht beachtenswert sein sollten, weil wir nicht eine große Militärmacht in europäischem Sinne sind. Wir möchten unsere Seemacht für den Frieden, nicht für den Krieg zu gebrauchen, aber es liegt in unserem eigenen Interesse und in dem unserer europäischen Freunde, daß wir uns hierauf vereinigen und nicht unsere Kräfte durch militärische Anstrengungen zersplittern, die im Vergleich mit den Anstrengungen der Militärmächte völlig unzureichend wären.

Edin, 11. März. Die „Edin. Fig.“ erfährt aus Berlin, 11. März: Die Rede, in der sich gestern im englischen Unterhause Premierminister Asquith über die durch den Balkankrieg geschaffene Lage verbreitete, ist eine Kundgebung, die in Deutschland angenehm berührt. Wir unterschreiben vollkommen, was der englische Premierminister über die Entspannung zwischen den beiden europäischen Mächtegruppen bemerkt, und wir be-